

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

PRIORITY
DOCUMENTSUBMITTED OR TRANSMITTED IN
COMPLIANCE WITH RULE 17.1(a) OR (b)

25 JUN 2004

Prioritätsbescheinigung über die Einreichung
einer Patentanmeldung

REC'D 30 AUG 2004

WIPO PCT

Aktenzeichen: 103 30 074.0

Anmeldetag: 03. Juli 2003

Anmelder/Inhaber: Siemens Aktiengesellschaft, 80333 München/DE

Bezeichnung: Verfahren zur Rufweiterleitung

IPC: H 04 M 3/46

Die angehefteten Stücke sind eine richtige und genaue Wiedergabe der ursprünglichen Unterlagen dieser Patentanmeldung.

München, den 22. Juni 2004
Deutsches Patent- und Markenamt
Der Präsident
Im Auftrag

Hintermeier

BEST AVAILABLE COPY

Beschreibung**Verfahren zur Rufweiterleitung**

5 Die Erfindung betrifft ein Verfahren zur Rufweiterleitung sowie eine Anordnung zur Umsetzung des Verfahrens.

Ein bekanntes Verfahren zur Rufweiterleitung ist die automatische Weiterleitung bzw. Umleitung, bei der ein an einem 10 Telekommunikations-Endgerät eingehender Anruf unmittelbar an ein anderes Endgerät oder auch einen Anrufbeantworter des An-gerufenen umgeleitet wird. Statt der automatischen oder unbedingten können auch bedingte Rufweiterleitungen eingerichtet werden, die einen eingehenden Anruf abhängig davon weiterleiten, ob das angerufene Endgerät besetzt ist, an diesem also 15 bereits ein Gespräch geführt wird, oder der eingehende Anruf nach einer festgelegten Zeitspanne noch nicht entgegengenommen worden ist. Insbesondere im Mobilfunkbereich besteht weiterhin die Möglichkeit einer sogenannten Anrufumleitung bzw. 20 -lenkung, falls der Mobilteilnehmer nicht erreichbar ist, wenn also der Mobilteilnehmer sein Mobilfunk-Endgerät nicht eingeschaltet hat oder sein Gerät aus sonstigen Gründen nicht erreichbar ist.

Diese bekannten Anrufumlenkungen bzw. -weiterleitungen werden als Telekommunikationsdienste realisiert, bzw. als einem Leistungsprofil eines übergreifenden Dienstes (z.B. dem ISDN-Telefondienst) zugehörige Leistungsmerkmale. Ein solcher Dienst legt eine bestimmte Art der Telekommunikation zwischen 30 zwei Endgeräten fest, die automatisch, d.h. ohne menschliches Eingreifen, realisiert wird.

Ein solcher Dienst wird durch Vorsehen von entsprechend ausgebildeten Einrichtungen in den Vermittlungsstellen eines Telekommunikationsnetzwerkes und/oder den Endgeräten implementiert. Damit der Dienst einem einzelnen Benutzer zur Verfügung steht, müssen die Einrichtungen hierfür konfiguriert 35

bzw. eingerichtet werden. Die herkömmlichen Anrufumlenkungen werden dabei durch den angerufenen Teilnehmer, häufig als "B-Teilnehmer" bezeichnet, eingerichtet. Für diesen ist das umständlich, wenn er beispielsweise nur kurzzeitig seinen Arbeitsplatz verlässt. Häufig wird auch das Einrichten einer Umleitung, etwa vor Antritt eines Urlaubs, vergessen. Darüber hinaus berücksichtigt eine einmal eingerichtete Umleitung nicht die verschiedenen möglichen Anliegen der Anrufer bzw. der "A-Teilnehmer". Diesen ist auch mit einer Weiterleitung auf den Anrufbeantworter häufig nicht gedient, z.B. bei eiligen Anfragen.

Häufig besteht beim A-Teilnehmer vielmehr der Wunsch, statt des nicht anwesenden B-Teilnehmers kurzfristig zum Zwecke der Klärung mit einer weiteren Person, dem „C-Teilnehmer“, Kontakt aufzunehmen, beispielsweise einem Kollegen bzw. Stellvertreter des B-Teilnehmers, seinem Vorgesetzten, ein dem B-Teilnehmer zugeordnetes Sekretariat etc. Hierzu muss der A-Teilnehmer das Telefon auflegen, die Telefonnummer der gewünschten Person in Erfahrung bringen und dann erneut wählen. Bei dieser Telefonnummer könnte es sich auch um eine weitere Nummer des B-Teilnehmers handeln, beispielsweise dessen Mobiltelefonnummer, wenn B sich auf einer Dienstreise befindet.

Diese zweite Rufnummer in Erfahrung zu bringen, ist häufig mit einem Aufwand verbunden. A muss in Verzeichnissen, Verzeichnislisten, Organisationsplänen oder sonstigen Verzeichnissystemen nachschlagen.

Häufig stehen elektronische Verzeichnissysteme zur Verfügung (Mitarbeiterverzeichnisse), in denen der Benutzer über seinen PC recherchieren muss. Verzeichnissysteme (bspw. nach dem X.500- oder LDAP-Standard) ermöglichen es, auf Verzeichnisse und deren Einträge zuzugreifen, d.h. in diesen zu suchen und zu lesen. Jeder Eintrag besteht aus einer Mehrzahl von Attributten, also bspw. Mitarbeitername, Rufnummer, Abteilung, Büronummer, in die für jeden Mitarbeiter konkrete Attributwerte

eingetragen sind. Verzeichnisse können über mehrere Software-/Hardware-Einrichtungen verteilt vorliegen, insbesondere wenn etwa ein Mitgliederverzeichnis eines Grossunternehmens in der Größenordnung 100.000 Einträge enthält, wobei die Mitarbeiter 5 über mehrere Standorte verteilt sind.

Abfragen werden durch Benutzeragenten und Verzeichnissystem-Agenten (bzw. die Einheiten, die diese Funktionalität implementieren) realisiert. Solche Abfragen können sich komplex 10 gestalten, wenn bspw. der Benutzeragent nur über eine elektronisch gespeicherte Zuordnungsvorschrift verfügt, die es erlaubt, diejenigen Mitarbeiter des B-Teilnehmers zu ermitteln, die die gleiche Abteilungsbezeichnung haben. Dann müssen in 15 einem zweiten Schritt durch manuelle Inspektion diejenigen Kollegen ermittelt werden, die sich im gleichen Büro befinden.

Solche Abfragen jedesmal am PC einzugeben und manuell nachzubearbeiten ist jedoch aufwendig. Schon wenn sich der Aufwand 20 auf einige Minuten beläuft, steht er häufig nicht mehr in sinnvollem Verhältnis zu dem Inhalt der ursprünglich durch den Anruf beim B-Teilnehmer beabsichtigten Anfrage.

Es besteht daher ein Bedarf, aus dem sich die Aufgabe der vorliegenden Erfindung ergibt, ein Verfahren zur Rufweiterleitung vorzuschlagen, das es dem A-Teilnehmer auf einfache und komfortable Weise erlaubt, eine dem B-Teilnehmer zugeordnete Person telefonisch zu erreichen, wenn der B-Teilnehmer einen Ruf nicht annimmt. Es ist weiterhin Aufgabe der Erfindung, eine Anordnung vorzuschlagen, mit der ein derartiges 30 Verfahren umgesetzt werden kann.

Diese Aufgabe wird durch ein Verfahren nach Anspruch 1 und eine Anordnung nach Anspruch 11 gelöst. Ein wesentlicher Ge- 35 danke der Erfindung besteht darin, einen Telekommunikationsdienst vorzusehen, der es erlaubt, dem A-Teilnehmer eine dem B-Teilnehmer zugeordnete, weitere Rufnummer verfügbar zu ma-

chen, indem beispielsweise bereits existierende elektronische Verzeichnisse herangezogen werden. Ein weiterer wesentlicher Aspekt der Erfindung besteht darin, dass der Telekommunikationsdienst durch das Endgerät des A-Teilnehmers angesteuert 5 wird. Dadurch wird das Einrichten von Rufumleitungen am Endgerät des B-Teilnehmers überflüssig oder zumindest vereinfacht. In Ausgestaltungen der Erfindung kann der A-Teilnehmer außerdem selbst entscheiden, ob und ggf. zu wem er eine Weiterleitung wünscht.

10 Konkret wird ein Verfahren zur Rufweiterleitung vorgeschlagen, dass von der Situation ausgeht, dass eine an einem ersten Telekommunikations-Endgerät eingegebene erste Rufnummer, die einem zweiten Endgerät zugewiesen ist, für einen Verbindungsauflbau zum zweiten Endgerät hin verwendet wird und der Ruf am zweiten Endgerät nicht angenommen wird. Erfindungsgemäß wird vom ersten Endgerät die Übermittlung einer die erste Rufnummer enthaltenden Ermittlungsanfrage-Nachricht zur Ermittlung einer alternativen Rufnummer an einen automatischen 15 Telekommunikationsdienst ausgelöst. Der Telekommunikationsdienst ermittelt daraufhin mittels einer elektronisch gespeicherten Zuordnungsvorschrift aus einem elektronischen Verzeichnissystem, welches die erste Rufnummer und eine Vielzahl von weiteren Endgeräten zugewiesenen Rufnummern enthält, eine zweite Rufnummer eines dritten Endgerätes. Die zweite Rufnummer wird dann zum Aufbau einer Verbindung zwischen dem ersten 20 und dem dritten Endgerät verwendet.

30 In einer Ausführungsform dieses Verfahrens wird die Übermittlung der Ermittlungsanfrage-Nachricht in Reaktion auf eine erste Eingabe eines Benutzers am ersten Endgerät ausgelöst.

Bei einer Weiterbildung des erfindungsgemäßen Verfahrens sind 35 in dem Verzeichnissystem jeder Rufnummer Attribute mit Attributwerten zugeordnet. Dann kann die Zuordnungsvorschrift ein Attribut der ersten Rufnummer betreffen, das die zweite Rufnummer enthält, oder ein Attribut betreffen, dessen Wert bei

der ersten und der zweiten Rufnummer gleich ist, oder auch eine Kombination aus beiden.

Hierdurch wird es möglich, neben einer zweiten Rufnummer, die 5 der ursprünglich gewählten, ersten Telefonnummer direkt und explizit zugeordnet ist, weitere Telefonnummern zu ermitteln, die beispielsweise Endgeräten zugewiesen sind, die Kollegen mit der selben Abteilungsbezeichnung, der selben Raumnummer oder dergleichen Attributen gehören. Ebenso ist es auf diese 10 Weise möglich, eine zweite geschäftliche Telefonnummer, eine Privatnummer oder eine Mobiltelefonnummer des B-Teilnehmers zu ermitteln. Bei einer Kombination beider Zuordnungsweisen kann z.B. ein Attribut der ersten Rufnummer die Nummern aller 15 Abteilungskollegen enthalten; durch eine ergänzende Suche werden aus diesen Nummern diejenigen ermittelt, die Endgeräten zugewiesen sind, die sich im gleichen Raum befinden.

In einer Ausführungsform des erfindungsgemäßen Verfahrens kann nach Ermittlung der zweiten Rufnummer der Verbindungs- 20 aufbau zwischen erstem und drittem Endgerät automatisch veranlasst werden. Hierzu kann das erste Endgerät oder die Vermittlungsstelle, über die die Endgeräte verbindbar sind, entsprechend ausgebildet sein.

Hierdurch wird die Weiterleitung für den A-Teilnehmer besonders komfortabel, da er die Weiterleitung lediglich durch einmalige Eingabe an seinem Endgerät veranlassen kann, beispielsweise durch Drücken einer Taste oder Auswahl eines Menüpunktes "Weiterleitung?" o.ä.

30 Alternativ oder in Ergänzung hierzu kann der Telekommunikationsdienst Ermittlungsergebnis-Informationen an das erste Endgerät zurückliefern, die die oder jede zweite Rufnummer und ggf. dieser jeweils zugeordnete Informationen betreffen.
35 Hierdurch wird es möglich, dem A-Teilnehmer die Ermittlungsergebnis-Informationen beispielsweise an einer Anzeigeeinheit seines Endgerätes anzuzeigen oder mittels Sprachausgabe aus-

zugeben.

In einer Weiterbildung dieses Verfahrens kann der Benutzer durch eine zweite Eingabe den Verbindungsauflauf zum dritten

5 Endgerät hin bewirken, sofern dies nicht bereits automatisch geschehen ist. Diese Weiterbildung ist insbesondere dann von Bedeutung, wenn die Ermittlungsergebnis-Informationen eine Mehrzahl von zweiten Rufnummern betreffen, unter denen der Benutzer auswählt.

10

In dieser Ausführungsform muss der A-Teilnehmer zwar eine weitere Eingabe bei seinem Endgerät vornehmen, er hat jedoch die Wahl, unter mehreren Möglichkeiten der Weiterleitung auszuwählen. Die erste Eingabe und die Auswahl bzw. zweite Eingabe des A-Teilnehmers kann über ein das erste Endgerät erfolgen, wenn an diesem wenigstens eine der folgenden Einrichtungen ausgebildet ist:

- eine oder mehrere vorbelegte Tasten,
- eine Anzeigeeinheit mit zugeordneten Steuertasten zum Navigieren und Auswählen eines Menüpunktes aus einem auf der Anzeigeeinheit angezeigten Menüs,
- ein Spracherkennungssystem zum Erkennen der ersten und/oder zweiten, als Spracheingabe erfolgenden, Eingabe des Benutzers.

Die Spracheingabe kann über den Telefonhörer oder ein zusätzliches, mit dem Endgerät verbundenes Mikrofon erfolgen ("Telephone-User-Interface", ggf. mit DTMF-Nachwahl). Die erste bzw. zweite Eingabe kann auch über eine als Tastatur ausgebildete Eingabeeinheit des Endgerätes erfolgen, beispielsweise unter Verwendung von Ziffern- und Steuertasten.

Der Telekommunikationsdienst und/oder das Verzeichnissystem kann auf einer zentralen Kommunikationsanlage bzw. einer Vermittlungsstelle des Telekommunikationsnetzes, über das die Endgeräte miteinander verbindbar sind, implementiert sein oder kann verteilt auf mehreren Anlagen bzw. Stellen implementiert sein. Dies ist besondere bei großen Kommunikationsnetzen.

zen mit vielen Teilnehmern in Bezug auf Wartung und Pflege des Telekommunikationsdienstes und des Verzeichnisses vorteilhaft. Der Telekommunikationsdienst kann insbesondere auf dem oder den Anlagen bzw. Stellen installiert sein, auf dem 5 oder denen auch das zu durchsuchende Verzeichnis bzw. die Verzeichnisse implementiert ist bzw. sind.

Alternativ oder in Ergänzung hierzu kann der Telekommunikationsdienst und/oder das Verzeichnissystem auch auf den Endgeräten selbst implementiert sein. In diesem Falle ist es beispielweise denkbar, dass die Teilnehmer die Verzeichnisse 10 auf ihren Endgeräten selbst pflegen oder diese mittels Fernwartung durch einen Administrator gepflegt werden.

15 Die Merkmale und Vorteile einer erfindungsgemäßen Anordnung ergeben sich aus den Merkmalen und Vorteilen der erfindungsgemäßen Verfahren sowie der nachfolgenden, die Erfundung näher erläuternden Ausführungsbeispielen, die anhand der beiliegenden Zeichnungen beschrieben werden. Von diesen zeigen:

20

Figur 1 in Form eines schematisierten Sequenzdiagramms einen Anwendungsfall des erfindungsgemäßen Verfahrens;

Figur 2 in Form eines schematisierten Blockdiagramms ein erstes Ausführungsbeispiel einer erfindungsgemäßen Anordnung;

Figur 3 in Form eines schematisierten Blockdiagramms ein zweites Ausführungsbeispiel einer erfindungsgemäßen Anordnung;

30

Figur 4a) und 4b) zwei schematisierte Ansichten der Anzeige einer Anzeigeeinheit eines Endgerätes einer erfindungsgemäßen Anordnung.

35 Unter Bezugnahme auf die Figur 1 wird zunächst ein typischer Anwendungsfall des erfindungsgemäßen Verfahrens aus Benutzersicht geschildert. Die Anwendungsschritte sind mit „S1“ -

„S7“ bezeichnet.

Im Schritt S1 des Anwendungsfalles erfolgt am Endgerät des B-Teilnehmers (B-Tln) ein Anruf, der von dem Endgerät des A-Teilnehmers (A-Tln) ausgeht. Da der B-Teilnehmer nicht anwesend ist und auch keine herkömmliche Anrufweiterleitung, beispielsweise auf einen Anrufbeantworter, aktiviert hat, wird der Ruf nicht angenommen. Dieser Zustand, während dessen der A-Teilnehmer ein Klingelzeichen hört, ist als Schritt S2 in der Figur 1 bezeichnet.

Für den A-Teilnehmer ist ein erfindungsgemäßer Weiterleitungs-Dienst eingerichtet. Daher drückt im dritten Schritt S3 der A-Teilnehmer an seinem Endgerät eine Taste, die mit der Aufschrift "Rufe Kollege" versehen ist. In Reaktion auf den Tastendruck sendet das erfindungsgemäß ausgebildete Endgerät des A-Teilnehmers eine Nachricht, nämlich eine Ermittlungsanfrage-Nachricht, an einen Telekommunikationsdienst, d.h. genauer an eine zentrale Einheit, mittels der der Telekommunikationsdienst implementiert ist. Der Dienst ermittelt durch Zugriff auf ein Organisationsverzeichnis Rufnummern von Kollegen des B-Teilnehmers im Anwendungsschritt S4.

Im fünften Schritt S5 werden die ermittelten Rufnummern, d.h. die Weiterleitungsinformationen, an das Endgerät des A-Teilnehmers übermittelt und dort an einer Anzeigeeinheit des Endgerätes angezeigt. Im sechsten Schritt S6 wählt der A-Teilnehmer unter den angezeigten Rufnummern, die zweckmäßigerverweise um zusätzliche Informationen ergänzt sind, beispielsweise die Namen und/oder Funktionsbezeichnungen der Kollegen, eine Nummer aus. Die Auswahl kann durch Steuertasten, die am Endgerät zur Navigation in der Anzeigeeinheit ausgebildet sind, vorgenommen werden.

Die ausgewählte Rufnummer wird daraufhin im siebten Schritt S7 vom Endgerät des A-Teilnehmers verwendet, um eine Verbindung zu dem Endgerät des ausgewählten Kollegen, d.h. des C-

Teilnehmers (C-Tln), aufzubauen.

Figur 2 zeigt ein erstes Ausführungsbeispiel einer erfundungsgemäßen Anordnung mit einem ersten Endgerät des A-
5 Teilnehmers 10, einem zweiten Endgerät 11 und dritten Endge-
rät 12 des B- bzw. C-Teilnehmers. Die Endgeräte sind über ei-
ne Vermittlungsstelle 13 miteinander verbindbar. In einem
10 Verzeichnissystem 14 liegt, beispielsweise in Form einer Da-
tenbank, eine Liste der Rufnummern aller an die Vermittlungs-
15 stelle 13 angeschlossenen Teilnehmer vor. Für jeden Eintrag
in der Liste ist eine Reihe von Attributen („Rufnummer“,
etc.) definiert, wobei eines der Attribute (mit der Bezeich-
nung „Kollegen“) eine oder mehrere Rufnummern von Kollegen
enthalten kann.

15 Ist das Verzeichnissystem 14 ein bereits vorhandenes elektro-
nischen Verzeichnissystem, in dem kein Attribut „Kollegen“
für die Einträge definiert ist, so ist es alternativ auch
denkbar, stattdessen ein bereits vorhandenes Attribut, z.B.
20 „Department/Abteilung“ zur automatischen Ermittlung von Kol-
legen heranzuziehen. Als weitere Alternative ist es denkbar,
dass eines der (bekannten oder neu zu definierenden) Attribu-
te („Raum“) die Raumnummer angibt, in der sich das Endgerät
befindet, dem die entsprechende Rufnummer zugewiesen ist. In
diesem Falle wären zur Suche nach Kollegen des B-Teilnehmers
solche Rufnummern zu ermitteln, deren Attribut „Raum“ den
gleichen Attributwert aufweist, d.h. die gleiche Raumnummer.
Ggf. kann, sofern sich Mitglieder verschiedener Abteilungen
ein (Großraum-) Büro teilen, eine Abfrage mehrerer Attribute
30 mit Kombination der Ergebnisse sinnvoll sein, so dass bspw.
alle Rufnummern ermittelt werden, deren Attribut „Raum“ den
gleichen Attributwert aufweist, und deren Attribut „Abtei-
lung“ den gleichen Wert (die Abteilungsbezeichnung) aufweist
wie das entsprechende Attribut der Rufnummer des B-
35 Teilnehmers.

In dem Endgerät 10 des A-Teilnehmers befindet sich eine Steu-

ereinrichtung 15 zum Steuern des Auf- und Abbaus von Verbindungen gemäß den Kommunikationsprotokollen, die zwischen dem Endgerät 10 und der Vermittlungsstelle 13 zur Anwendung kommen (z.B. ISDN, QSIG oder Voice over IP). Hierzu ist das Endgerät 10 mit einer Schnittstelle 16 an das Telekommunikationsnetz angebunden. Des Weiteren liegt in dem Endgerät 10 eine Eingabeeinheit 17 sowie ein Display bzw. eine Anzeigeeinheit 18 vor. Erfindungsgemäß liegt in dem Endgerät 10 ferner eine Benutzer-Abfrageeinheit 19 vor, die einen Benutzerabfragen implementiert. Dieser ist zum Austausch von Nachrichten mit einem Verzeichnissystemagenten ausgebildet, der durch eine Verzeichnissystem-Abfrageeinheit 20 implementiert ist. Die Einheit 20 ist zur Ermittlung von Informationen aus dem Verzeichnissystem 14 mittels LDAP („Lightweight Directory Access Protocol“) ausgebildet.

Anhand der in der Figur 2 dargestellten Anordnung wird jetzt der oben unter Bezug auf die Figur 1 geschilderte Anwendungsfall im Detail diskutiert.

Anwendungsschritt S1: Um den B-Teilnehmer am Endgerät 11 zu erreichen, wählt der A-Teilnehmer an seinem Endgerät 10 in herkömmlicher Weise die Rufnummer des B-Teilnehmers, in dem er diese über die Eingabeeinheit 17 eingibt. Der Aufbau der Verbindung erfolgt in bekannter Weise gemäß dem zum Einsatz kommenden Telekommunikationsprotokollen bzw. -standards. Zusätzlich wird die Rufnummer des B-Teilnehmers, d.h. die dem Endgerät 11 zugewiesene Rufnummer, im Endgerät 10, speziell in einer Weiterleitungs-Steuereinheit 21, zwischengespeichert. Je nach verwendeten Kommunikationsprotokollen kann auf dem Verbindungsast 22 zwischen Endgerät 10 und Vermittlungsstelle 13 bereits ein Sprachkanal reserviert und freigeschaltet sein, beispielsweise in Richtung auf das Endgerät 10, um diesem von der Vermittlungsstelle 13 ein Freizeichen zu übermitteln.

Anwendungsschritt S2: In Reaktion auf den Verbindungsauftau-

wunsch vom Endgerät 10 ertönt am Endgerät 11 des B-Teilnehmers ein entsprechender Signal- bzw. Klingelton. Ohne Abnehmen des Hörers oder ein entsprechendes Annehmen des Verbindungsauftauwunsches wird jedoch keine bidirektionale

5 Sprachverbindung zwischen den Endgeräten 10 und 11 aufgebaut. Für den weiteren Fortgang des erfindungsgemäßen Verfahrens ist es unerheblich, aus welchem Grund der B-Teilnehmer den Ruf nicht annimmt. Es ist denkbar, dass der B-Teilnehmer nicht anwesend ist, oder dass über das Endgerät 11 bereits

10 ein Gespräch geführt wird, das Endgerät 11 also besetzt ist. Ebenso kann es sein, dass der B-Teilnehmer eine automatische Weiterleitung bzw. Umlenkung auf einen Anrufbeantworter aktiviert hat. Alle diese Fälle werden in geeigneter Weise dem Endgerät 10 signalisiert, beispielsweise durch ein Klingel-

15 zeichen, ein Besetztzeichen, oder die Ansage des Anrufbeantworters.

Anwendungsschritt S3: Der A-Teilnehmer drückt nunmehr an seinem Endgerät 10, ohne vorher aufzulegen oder die Verbindung,

20 die mindestens zwischen dem Endgerät 10 und der Vermittlungsstelle 13 aufgebaut ist, explizit auszulösen, eine Taste "Rufe Kollege", die als Teil der Eingabeeinheit 17 vorliegt. Die Eingabe wird an die Steuerungseinrichtung 15 übermittelt, die ein entsprechendes Kommando an die Weiterleitungs-

Steuerungseinheit 21 übermittelt. Die Steuerungseinheit 21 übergibt in Reaktion auf das Kommando die zwischengespeicherte Rufnummer des B-Teilnehmers an die Benutzer-Abfrageeinheit 19. Diese steht über eine Internet-Verbindung und mittels des LDAP-Protokolls mit der Verzeichnissystem-Abfrageeinheit 20 in

30 Verbindung und übermittelt der Einheit 20 in einer Ermittlungsanfrage-Nachricht die Rufnummer des B-Teilnehmers, sowie als zusätzliche Information eine Attributbezeichnung, nämlich die Bezeichnung des Attributs "Kollegen".

35 Anwendungsschritt S4: Je nach Aufbau des Verzeichnisses bzw. der Verzeichnisse im Verzeichnissystem 14 ermittelt jetzt die Verzeichnissystem-Abfrageeinheit 20 die der Rufnummer des B-

Teilnehmers zugeordneten Rufnummern von Kollegen. Beispielsweise können die Rufnummern explizit in einem entsprechenden Attribut „Kollegen“ jeder Rufnummer zugeordnet sein, oder die Verzeichnissystem-Abfrageeinheit 20 ist ausgebildet, um Rufnummern über den Vergleich von Attributwerten zu ermitteln. Es ist z.B. denkbar, alle Rufnummern zu ermitteln, die Endgeräten zugeordnet sind, die sich mit dem Endgerät 11 des B-Teilnehmers im gleichen Raum befinden.

10 Anwendungsschritt S5: Die Weiterleitungsinformationen, die die ermittelten Rufnummern sowie ggf. diesen zugeordnete Attributwerte betreffen, beispielsweise Teilnehmernamen und/oder Funktionsbezeichnungen und/oder Charakterisierungen der Telefonnummern (geschäftlich/privat/mobil/Sekretariat) werden 15 mittels des LDAP-Protokolls von der Verzeichnissystem-Abfrageeinheit 20 an die Benutzer-Abfrageeinheit 19 übermittelt.

Anwendungsschritt S6: Die Weiterleitungsinformationen werden 20 von der Benutzer-Abfrageeinheit 19 geräte-intern an die Weiterleitungs-Steuereinheit 21 übergeben. Diese speichert die Informationen zwischen und übergibt alle oder einen Teil der Weiterleitungsinformationen an nicht gezeigte Untereinheiten der Steuerungseinrichtung 15, die weiterhin dazu ausgebildet ist, die Darstellung dieser Informationen auf der Anzeigeeinheit 18 zu steuern. Der A-Teilnehmer wählt aus den ihm präsentierten Rufnummern mittels Steuertasten, die Teil der Eingabeeinheit 17 sind, eine aus.

30 Anwendungsschritt S7: Die über die Eingabeeinheit 17 ausgewählte Rufnummer wird von der Steuerungseinrichtung 15 in herkömmlicher Weise verwendet, um eine Verbindung zu dem Endgerät 12 eines C-Teilnehmers herzustellen, dem die ausgewählte Rufnummer zugeordnet ist. Vorher wird die Verbindung zum 35 Endgerät 11, soweit sie bereits aufgebaut worden war, abgebaut. Dies betrifft auch den Verbindungsast 22.

Das geschilderte Verfahren ermöglicht es dem A-Teilnehmer, in einfacher Weise mittels zweier Eingaben an seinem Endgerät, eine Weiterleitung zu einem von ihm ausgesuchten Teilnehmer, der in einer von mehreren, durch das Verzeichnissystem vor- 5 gegebenen Beziehungen zu dem ursprünglichen B-Teilnehmer ste- hen kann, auszuwählen und eine Verbindung zu diesem C- Teilnehmer aufzubauen. Hierzu ist keinerlei aufwendige Er- mittlung der Rufnummer durch den A-Teilnehmer erforderlich. Es ist denkbar, dass die Ermittlungsergebnisse des Verzeich- 10 nissystemagenten von weiteren Parametern abhängig sind, wie beispielsweise der Tageszeit oder der An- bzw. Abwesenheit von Personen. Hierdurch kann zusätzlich sichergestellt wer- den, dass dem A-Teilnehmer jederzeit geeignete Ansprechpart- ner vorgeschlagen werden.

15 Die Verbindung 22 sowie die LDAP-Verbindung zwischen dem Be- nutzeragenten und dem Verzeichnissystemagenten können über eine einzigen Anschluss des Endgerätes 10 verlaufen, wenn dieses ein für die Internet-Telefonie geeignetes Gerät ist. 20 Alternativ kann die Übermittlung von Nachrichten zwischen den Agenten auch gemäß dem X.500-Standard erfolgen. Die entspre- chende Kommunikation zwischen den Agenten kann dann auch über eine ISDN-Verbindung verlaufen. Ist die Verbindung 22 eine solche, ist wiederum nur ein herkömmlicher ISDN-Anschluss zum Anschließen des in diesem Falle als ISDN-Gerät ausgebildeten Endgerätes 10 erforderlich.

Ein zweites Ausführungsbeispiel einer erfindungsgemäßen An- 30 ordnung ist in der Figur 3 gezeigt. In den Figuren sind glei- che und gleichwirkende Elemente mit gleichen Bezugsziffern bezeichnet.

Im ersten Ausführungsbeispiel ist eine Weiterleitungs- Steuereinheit 21 im Endgerät 10 ausgebildet. Im vorliegenden 35 Ausführungsbeispiel ist, wie in der Figur 3 gezeigt, die Wei- terleitungs-Steuereinheit 21 in der Vermittlungsstelle 13 ausgebildet. Entsprechend liegt eine Benutzer-Abfrageeinheit

19 nicht im Endgerät 10, sondern in der Vermittlungsstelle 13 vor.

Hierdurch ergibt sich zu dem anhand der Figur 2 geschilderten 5 Verfahren im Anwendungsschritt S3 (siehe Figur 1) ein Unterschied. Die vom A-Teilnehmer gedrückte "Rufe Kollege"-Taste, die Teil der Eingabeeinheit 17 ist, bewirkt nach wie vor, dass von der Steuereinrichtung 15 des Endgerätes 10 ein entsprechendes Kommando an die Weiterleitungs-Steuereinheit 21 10 übermittelt wird. Diese ist jetzt jedoch nicht mehr intern im Endgerät 10 angesiedelt. Zur Übermittlung eines Kommandos kann jedoch ein Steuerkommando vom Endgerät 10 an die Vermittlungsstation 13, beispielsweise über die in Bezug auf den Aufbau der Verbindung 22 bestehenden Signalisierungsverbindungen, 15 übermittelt werden. Dieses Steuerkommando wird von der Steuereinrichtung 23 der Vermittlungsstation an die Weiterleitungs-Steuereinheit 21 übergeben.

Die Rufnummer des B-Teilnehmers liegt in der Vermittlungsstation 13 bereits vor, da diese Nummer zum Aufbau der Verbindung zum Endgerät 11 bereits verwendet worden ist. Die Ermittlung der dem B-Teilnehmer zugeordneten Rufnummern erfolgt daher wie im ersten Ausführungsbeispiel beschrieben.

Im Anwendungsschritt S5 werden in Fig. 3 gemäß dem zweiten Ausführungsbeispiel die ermittelten Weiterleitungsinformationen von der Weiterleitungs-Steuereinheit 21 an die Steuereinheit 23 übergeben, die diese über die bestehenden Signalisierungsverbindungen an das Endgerät 10, bzw. dessen Steuereinrichtung 15 übermittelt. Die Weiterleitungsinformationen können dann an der Anzeigeeinheit 18 angezeigt werden, wie oben 30 geschildert.

Die vom A-Teilnehmer ausgewählte Rufnummer wird im Schritt S6 35 vom Endgerät 10 an die Vermittlungsstation 13, d.h. deren Steuereinrichtung 23, übermittelt. Zum Aufbau einer Verbindung zum C-Teilnehmer bzw. dessen Endgerät 12 ist es nicht

erforderlich, den Verbindungsast 22, der im Rahmen des Aufbaus der Verbindung zum Endgerät 11 aufgebaut wurde, auszulösen. Dieser Verbindungsast 22 kann vielmehr für die Verbindung zum C-Teilnehmer verwendet werden, was die Aufbauzeiten 5 gegenüber dem ersten Ausführungsbeispiel verkürzt. Gleichzeitig wird der Verbindungsast von der Vermittlungsstation 13 zum Endgerät 11 ausgelöst.

Dieses zweite Ausführungsbeispiel bietet den Vorteil, dass 10 das Endgerät 10 zur Durchführung des erfindungsgemäßen Verfahrens nur geringfügig oder gar nicht modifiziert werden muss, d.h. es können handelsübliche Endgeräte verwendet werden. Der durch die (in den geschilderten Beispielen) verwendete "Rufe Kollege"-Taste erzeugte Steuerbefehl kann durch 15 Programmierung der Taste bspw. in einen Steuercode umgesetzt werden, der mittels Signalisierung in herkömmlicher Weise an die Vermittlungsstation übermittelt wird. Der Steuercode wird in der Vermittlungsstation 13 von deren Steuereinrichtung 23 in erfindungsgemäßer Weise interpretiert. Der zentrale Telekommunikationsdienst würde also ausschließlich Modifikationen 20 bzw. Implementierungen an existierenden Vermittlungsstationen erfordern.

Die Figuren 4a) und 4b) zeigen jeweils eine Anzeige einer Anzeigeeinheit eines Endgerätes einer erfindungsgemäßen Anordnung. Bspw. kann während des oben beschriebenen Anwendungsschrittes S2 dem A-Teilnehmer die Anzeige der Figur 4a) präsentiert werden. Es kann ihm die Zeit angezeigt werden, die seit dem ersten Klingelton am Endgerät des B-Teilnehmers vergangen ist, und es kann ihm die Möglichkeit der erfindungsgemäßen Weiterleitung angeboten werden. In der Anzeige werden verschiedene Icons 24, 25 angezeigt, deren Anwahl zur Anzeige weiterer Informationen auf der Anzeigeeinheit führt. Die Icons können durch bekannte Steuertasten der Eingabeeinheit 17 30 der Fig. 2 bzw. 3 ausgewählt werden. Die Auswahl bzw. Aktivierung des Icons 25 ("Ok") entspricht der in den ersten beiden Ausführungsbeispielen erwähnten "Rufe Kollege"-Taste.

Durch Auswahl des Icons 25 wird die Übermittlung einer Ermittlungsanfrage-Nachricht vom Endgerät 10 an die Verzeichnissystem-Abfrageeinheit (20) in der oben beschriebenen Weise bewirkt.

5

In Reaktion auf die von der Verzeichnissystem-Abfrageeinheit ermittelten Weiterleitungsinformationen wird dem A-Teilnehmer eine neue Anzeige auf der Anzeigeeinheit präsentiert, bspw. wie in der Figur 4b) dargestellt. Diese Anzeige stellt insfern eine Fortführung des in den ersten beiden Ausführungsbeispielen geschilderten Verfahrens dar, als es nicht nur möglich ist, einen oder mehrere Kollegen des B-Teilnehmers zu erreichen, sondern der A-Teilnehmer kann auswählen, ob er einen Stellvertreter, das dem B-Teilnehmer zugeordnete Sekretariat oder aber das Mobilfunkendgerät des B-Teilnehmers erreichen möchte. Viele weitere derartige Optionen sind denkbar, diese könnten durch zusätzliche Einträge auf der Anzeigeeinheit präsentiert werden.

20 Der A-Teilnehmer kann durch Auswahl einer Zeile unmittelbar einen Verbindungsaufbau zu der bezeichneten Stelle erreichen, beispielsweise zum Sekretariat. Alternativ kann er durch Auswahl der Zeile "Kollegen ...", die in der Fig. 4b) angedeutet ist, ein Untermenü erreichen, welches dann mehrere Kollegen des B-Teilnehmers auflistet, die sich entweder im gleichen Büroraum aufhalten und/oder der gleichen Abteilung angehören. Weiterhin ist denkbar, dass der A-Teilnehmer einen der Einträge der Figur 4b) auswählt, indem er einen Sprachbefehl in den Hörer oder ein Mikrofon seines Endgerätes, zu dem die Anzeigeeinheit gehört, spricht, beispielsweise die Worte "Nimm 3" oder „Verbinde mit 3,“ (um unmittelbar beim Sekretariat anzurufen). Da er ohnehin den Telefonhörer in der Hand hält, bzw. sich nahe einem mit dem Endgerät verbundenen Eingabemikrofons befindet, ist diese Eingabe eines Sprachbefehls für 30 den A-Teilnehmer besonders komfortabel. Das Endgerät muss hierzu über ein Spracherkennungssystem verfügen

Es ist dem Fachmann offensichtlich, dass viele weitere Möglichkeiten der Auswahl von Weiterleitungsoptionen denkbar sind. Beispielsweise kann sogar an Telefonen ohne Anzeigeeinheit eine Auswahl vorgenommen werden, indem beispielsweise 5 eine Kombination von *-Taste, #-Taste und Ziffern als Auswahlkommando vorgegeben werden. Beispielsweise könnte die Folge ,*41' das Kommando "Rufe Kollegen" repräsentieren und ,*42' "Rufe Vorgesetzten", usw. Falls eine ausgewählte Option nicht verfügbar ist, würde das Endgerät einen Fehlerton ausgeben, beispielsweise wenn eine mit ,*43' angeforderte Mobilfunknummer des B-Teilnehmers nicht vorliegt.

Ebenso ist es denkbar, dass der A-Teilnehmer durch einmaliges Konfigurieren seines Endgerätes erreicht, dass der erfundungsgemäße Dienst automatisch, bspw. nach fünfmaligem Klingeln, dem B-Teilnehmer zugeordnete Rufnummer(n) ermittelt.

Eine Vielzahl weiterer Modifikationen der hier beispielhaft geschilderten Ausführungsformen der Erfindung sind denkbar. 20 Beispielsweise ist in den Figuren 2 und 3 nur jeweils eine Vermittlungsstelle gezeichnet. Selbstverständlich kann das sich zwischen den Teilnehmern erstreckende Telekommunikationsnetz aus mehreren Teilnetzen bestehen, wobei jedes Teilnetz wiederum aus einer Mehrzahl von Vermittlungsstellen gebildet werden kann. Verschiedene Kommunikationsprotokolle bzw. Protokollfamilien können in den Teilnetzen zum Einsatz kommen, beispielsweise kann die Verbindung zwischen dem Endgerät des A-Teilnehmers und der Vermittlungsstelle auf der ISDN- oder QSIG-Protokollsuite basieren. Ebenso kann das Endgerät des A-Teilnehmers ein IP-Phone sein und die Übertragung von Gesprächs- bzw. Signalisierungsdaten kann über IP-Protokolle erfolgen.

35 Das Endgerät des A-Teilnehmers muss kein herkömmliches Telefon sein, es kann sich etwa bei computerunterstütztem Telefonieren („Computer-Telephony-Integration“, CTI) auch um einen CTI-client handeln.

Weiterhin kann die Kommunikation zwischen den Agenten, d.h. zwischen der Benutzer-Abfrageeinheit und der Verzeichnissystem-Abfrageeinheit statt auf dem LDAP-Protokoll ebenso auf

5 dem X.500-Standard beruhen, oder weiteren derartigen Protokollen bzw. Standards für Verzeichnissysteme. Es können auch, insbesondere im Falle der mit Bezug auf die Figur 3 geschilderten Anordnung, mehrere Benutzeragenten auf einen Verzeichnissystemagenten zugreifen. Ebenso ist es denkbar, dass in

10 einer erfindungsgemäßen Anordnung eine Mehrzahl von Verzeichnissystemagenten vorliegt. Eine Anfrage, die von einer Benutzer-Abfrageeinheit bei einer Verzeichnissystem-Abfrageeinheit eingeht, wird, sofern diese Einheit die Anfrage nicht selbst beantworten kann, an die weiteren Verzeichnissystem-

15 Abfrageeinheiten weitergeleitet. Diese übermitteln ihre Ergebnisse entweder direkt an die anfragende Benutzer-Abfrageeinheit, oder über die ursprüngliche Verzeichnissystem-Abfrageeinheit.

20 Benutzeragent wie auch Verzeichnissystemagent und auch das Verzeichnissystem selbst können einzeln oder in Kombination auf einem Endgerät implementiert sein. Dies kann in kleinen Netzen sinnvoll sein, in denen ein Endgerät diese erweiterte Funktionalität übernimmt (bspw. die Telefonanlage an einer Rezeption eines Bürokomplexes).

Im Rahmen des erfindungsgemäßen Grundgedankens, wie er durch die nachfolgenden Ansprüche angegeben wird, sind durch fachmännisches Handeln weitere Ausführungsformen denkbar, ohne

30 dass der Geltungsbereich der Erfindung verlassen wird.

Bezugszeichenliste

- S1 Anruf bei B-Tln
- S2 Ruf wird nicht angenommen, B-Tln nicht anwesend und
5 keine herkömmliche Anrufweiterleitung aktiviert
- S3 A-Tln drückt „Rufe Kollege“-Taste, Weiterleitungs-
Aufforderung wird an zentralen Dienst übermittelt
- S4 Der Rufnummer des B-Tln zugeordnete Kollegen-Rufnummern
werden ermittelt
- 10 S5 Weiterleitungs-Informationen werden an Endgerät des A-
Tln übermittelt
- S6 Informationen werden an Anzeigeeinheit des Endgerätes
angezeigt, A-Tln wählt Rufnummer von C-Tln aus
- S7 Anruf bei C-Tln erfolgt
- 15
- 10 Endgerät des A-Teilnehmers
- 11 Endgerät des B-Teilnehmers
- 12 Endgerät des C-Teilnehmers
- 13 Vermittlungsstelle
- 20 14 Verzeichnissystem-Datenbank
- 15 Steuerungseinrichtung des Endgerätes 10
- 16 Schnittstelle zum TK-Netz
- 17 Eingabeeinheit
- 18 Anzeigeeinheit
- 19 Benutzer-Abfrageeinheit
- 20 Verzeichnissystem-Abfrageeinheit
- 21 Weiterleitungs-Steuereinheit
- 22 Verbindungsast zwischen Endgerät 10 und Vst 13
- 23 Steuereinrichtung der Vermittlungsstelle 13
- 30 24 Icons einer Anzeige der Anzeigeeinheit
- 25 Icon zum Einleiten eines Weiterleitungsverfahrens

Patentansprüche

1. Verfahren zur Rufweiterleitung,

bei dem eine an einem ersten Telekommunikations-Endgerät (10) 5 eingegebene erste Rufnummer, die einem zweiten Endgerät (11) zugewiesen ist, für einen Verbindungsaufbau (S1) zum zweiten Endgerät (11) hin verwendet wird und der Ruf am zweiten Endgerät (11) nicht angenommen wird (S2), dadurch gekennzeichnet, dass 10 vom ersten Endgerät (10) die Übermittlung einer die erste Rufnummer enthaltenden Ermittlungsanfrage-Nachricht zur Ermittlung einer alternativen Rufnummer an einen automatischen Telekommunikationsdienst (20) ausgelöst wird (S3), der Telekommunikationsdienst daraufhin mittels einer elektronisch gespeicherten Zuordnungsvorschrift aus einem elektronischen Verzeichnissystem (14), welches die erste Rufnummer und eine Vielzahl von weiteren Endgeräten zugewiesenen Rufnummern enthält, eine zweite Rufnummer eines dritten Endgerätes (12) 15 ermittelt (S4) und 20 die zweite Rufnummer zum Aufbau einer Verbindung zwischen dem ersten und dem dritten Endgerät (10, 12) verwendet wird (S7).

2. Verfahren nach Anspruch 1,

dadurch gekennzeichnet, dass

die Übermittlung der Ermittlungsanfrage-Nachricht in Reaktion auf eine erste Eingabe eines Benutzers am ersten Endgerät (10) ausgelöst wird (S3).

3. Verfahren nach Anspruch 1 oder 2,

30 dadurch gekennzeichnet, dass

in dem Verzeichnissystem jeder Rufnummer Attribute mit Attributwerten zugeordnet sind.

4. Verfahren nach Anspruch 3,

35 dadurch gekennzeichnet, dass

die Zuordnungsvorschrift ein Attribut der ersten Rufnummer betrifft, das die zweite Rufnummer enthält.

5. Verfahren nach Anspruch 3 oder 4,
dadurch gekennzeichnet, dass
die Zuordnungsvorschrift ein Attribut betrifft, dessen Wert
5 bei der ersten und der zweiten Rufnummer gleich ist.
6. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche,
dadurch gekennzeichnet, dass
der Verbindungsauflbau (S7) zwischen erstem und drittem End-
10 gerät (10, 12) nach Ermittlung (S4) der zweiten Rufnummer au-
tomatisch veranlasst wird.
7. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche,
dadurch gekennzeichnet, dass
15 der Telekommunikationsdienst in Reaktion auf die Ermittlungs-
anfrage-Nachricht Ermittlungsergebnis-Informationen an das
erste Endgerät (10) übermittelt, die die oder jede zweite
Rufnummer betreffen, und
die Ermittlungsergebnis-Informationen auf eine Anzeigeeinheit
20 (18) des ersten Endgerätes (10) oder mittels Sprachausgabe
ausgegeben werden.
8. Verfahren nach Anspruch 7,
dadurch gekennzeichnet, dass
der Benutzer nach Ausgabe der Ermittlungsergebnis-
Informationen durch eine zweite Eingabe den Verbindungsauflbau
(S7) zum dritten Endgerät (12) bewirkt.
9. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche,
30 dadurch gekennzeichnet, dass
der Telekommunikationsdienst (20) und/oder das Verzeichnis-
system (14) auf einer zentralen Vermittlungsstelle (13) oder
verteilt auf mehreren Vermittlungsstellen implementiert ist.
- 35 10. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche,
dadurch gekennzeichnet, dass
der Telekommunikationsdienst (20) und/oder das Verzeichnis-

system (14) auf dem ersten Endgerät (10) implementiert ist.

11. Anordnung mit einer Mehrzahl von über eine Vermittlungs-
stelle (13) verbindbaren Telekommunikations-Endgeräten (10,

5 11, 12) zur Durchführung eines Verfahrens nach einem der vor-
hergehenden Ansprüche,

dadurch gekennzeichnet, dass

ein erstes Endgerät (10) oder die Vermittlungsstelle (13) ei-
ne Weiterleitungs-Steuereinheit (21) aufweist, die ausgebil-
det ist, um in Reaktion auf eine erste Eingabe eines Benut-
zers am ersten Endgerät (10) eine zuvor am ersten Endgerät
10 eingegebene erste Rufnummer an

eine Verzeichnissystem-Abfrageeinheit (20) zu übermitteln,
die zur Abfrage eines elektronischen Verzeichnissystems (14)

15 ausgebildet ist, um eine der ersten Rufnummer zuordenbare
zweite Rufnummer zu ermitteln, und diese an die Weiterlei-
tungs-Steuereinheit (21) zu übermitteln.

12. Anordnung nach Anspruch 11,

20 dadurch gekennzeichnet, dass

die Verzeichnissystem-Abfrageeinheit (20) der Vermittlungs-
stelle (13) oder dem Endgerät (10) funktional zugeordnet ist.

13. Anordnung nach Anspruch 11 oder 12,

dadurch gekennzeichnet, dass

die Weiterleitungs-Steuereinheit (21) ausgebildet ist, um in
Reaktion auf den Empfang der zweiten Rufnummer ein Steuerkom-
mando zu übermitteln, um einen Verbindungsaufbau vom ersten
Endgerät (10) hin zu einem dritten Endgerät (12) zu veranlas-
30 sen, dem die zweite Rufnummer zugeordnet ist.

14. Anordnung nach einem der Ansprüche 11 bis 13,

dadurch gekennzeichnet, dass

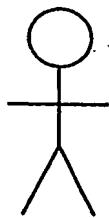
das erste Endgerät (10) oder die Vermittlungsstelle (13) aus-
35 gebildet ist, um mittels der zweiten Rufnummer ohne zweite
Eingabe des Benutzers automatisch den Aufbau einer Verbindung
zum dritten Endgerät (12) hin zu veranlassen.

15. Anordnung nach einem der Ansprüche 11 bis 14, dadurch gekennzeichnet, dass am ersten Endgerät (10) wenigstens eine der folgenden Einrichtungen ausgebildet ist, um die erste Eingabe des Benutzers und/oder eine zweite Eingabe des Benutzers, mit der dieser eine von einer Mehrzahl von zweiten Rufnummern auswählt, entgegenzunehmen:

- eine oder mehrere vorbelegte Tasten (17),
- eine Anzeigeeinheit (18) mit zugeordneten Steuertasten (17) zum Navigieren und Auswählen eines Menüpunktes aus einem auf der Anzeigeeinheit (18) angezeigten Menüs (),
- ein Spracherkennungssystem zum Erkennen der ersten und/oder zweiten, als Spracheingabe erfolgenden, Eingabe des Benutzers.

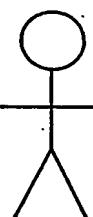
Fig. 1

A-TIn



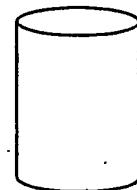
s1

B-TIn



s2

Verzeichnis

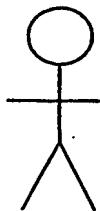


s3

s5

s4

C-TIn



s6

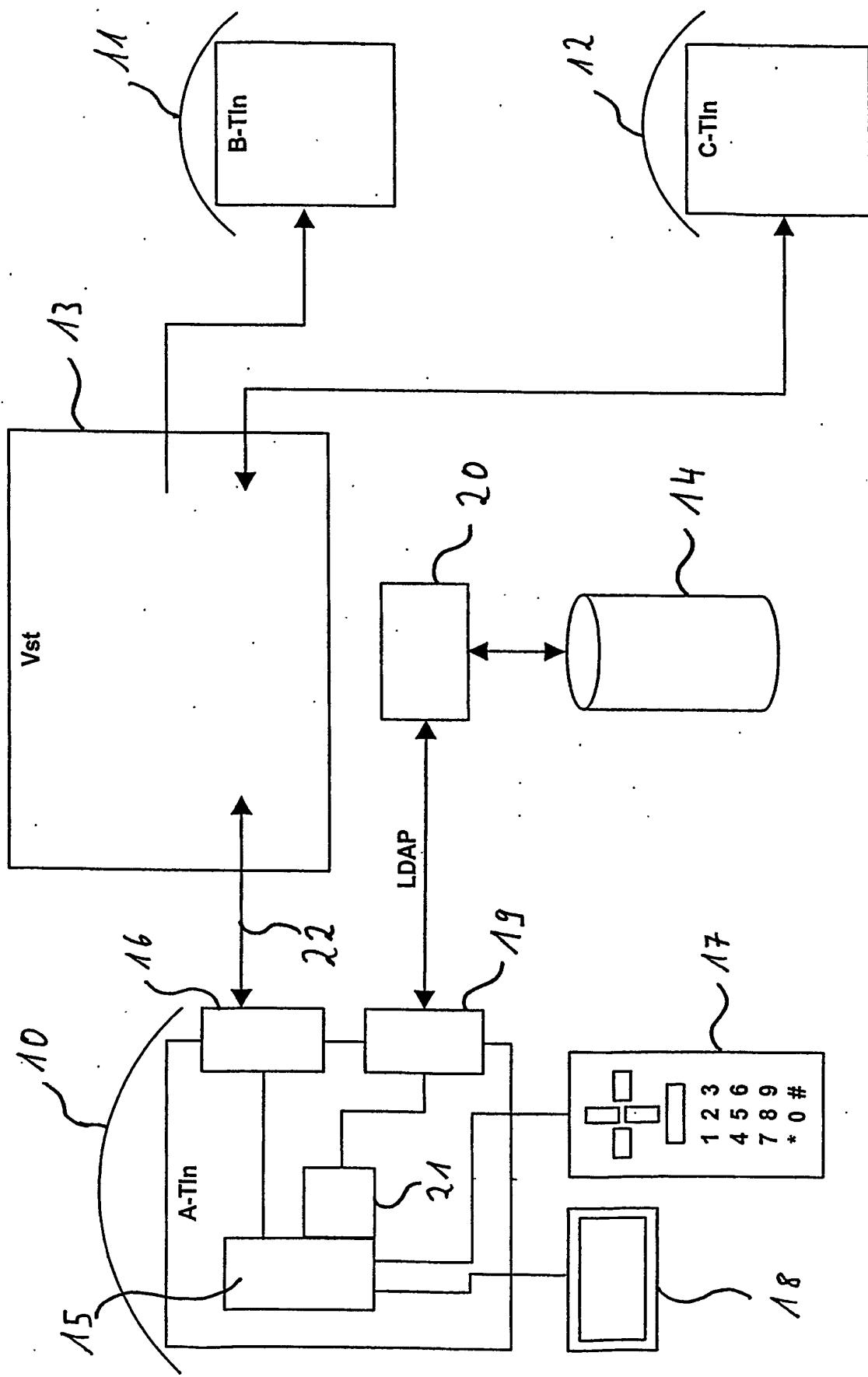


Fig. 2

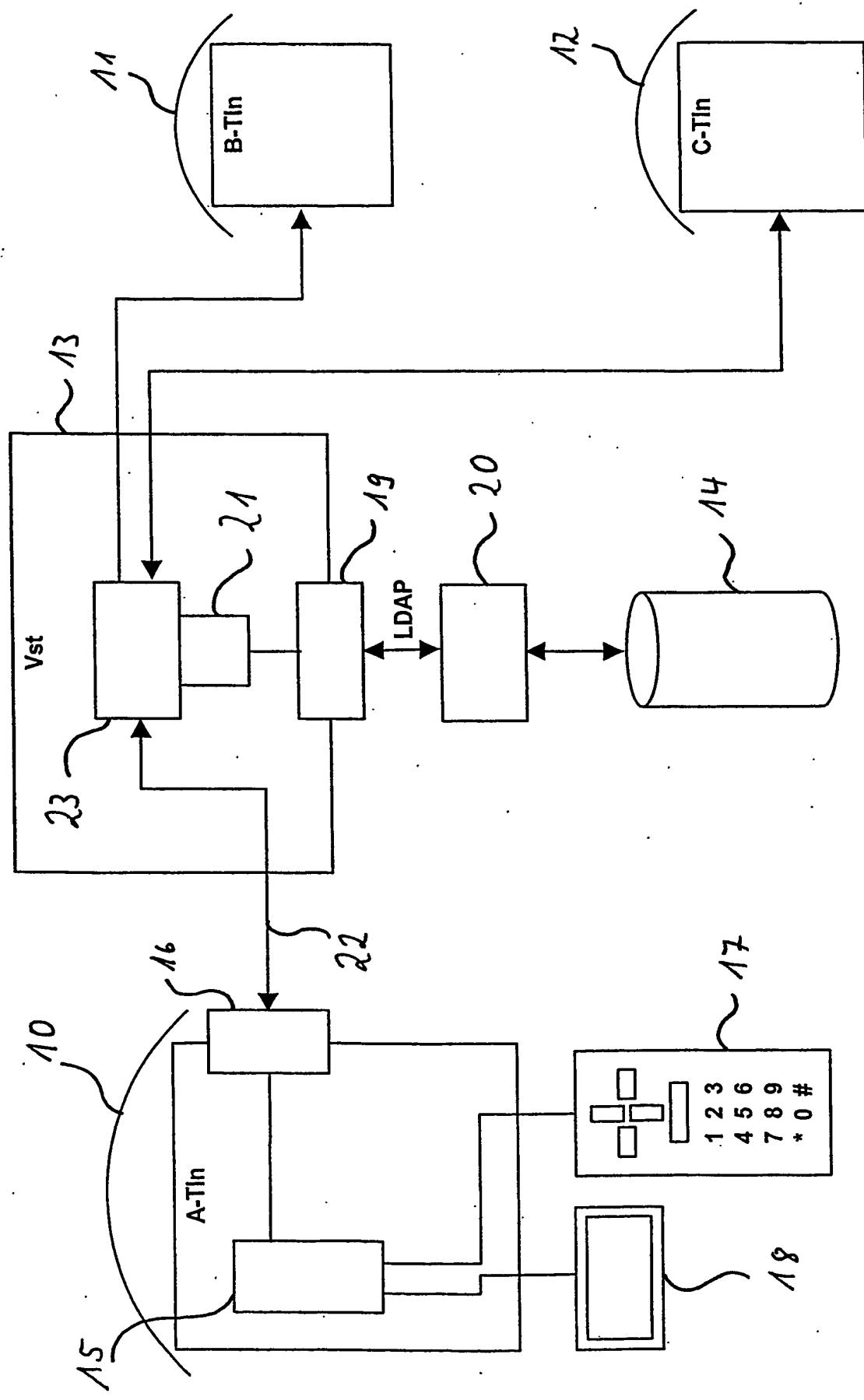


Fig. 3

Fig. 4

a)

16.06.2003 11:25
21 Sek...
Weiterleiten ?

24 25

b)

- 1 Stellvertreter
- 2 Kollegen...
- 3 Sekretariat
- 4 Mobil

**This Page is Inserted by IFW Indexing and Scanning
Operations and is not part of the Official Record**

BEST AVAILABLE IMAGES

Defective images within this document are accurate representations of the original documents submitted by the applicant.

Defects in the images include but are not limited to the items checked:

- BLACK BORDERS**
- IMAGE CUT OFF AT TOP, BOTTOM OR SIDES**
- FADED TEXT OR DRAWING**
- BLURRED OR ILLEGIBLE TEXT OR DRAWING**
- SKEWED/SLANTED IMAGES**
- COLOR OR BLACK AND WHITE PHOTOGRAPHS**
- GRAY SCALE DOCUMENTS**
- LINES OR MARKS ON ORIGINAL DOCUMENT**
- REFERENCE(S) OR EXHIBIT(S) SUBMITTED ARE POOR QUALITY**
- OTHER:** _____

IMAGES ARE BEST AVAILABLE COPY.

As rescanning these documents will not correct the image problems checked, please do not report these problems to the IFW Image Problem Mailbox.